

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **17.11.2022** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/Rat/011

Beginn öffentlicher Teil: 18:06 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:11 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:09 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:22 Uhr

ANWESENHEIT:

Ratsvorsitzende

Meinig, Birgit

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Hinz, Arne

2. stellv. Bürgermeisterin

Neitzel, Beate

Ratsherren/-frauen

Baumgarten, Claudia
Bierkamp, Dirk
Braun, Hartmut
Buhndorf, Andrea
Degro, Johanna
Fleischmann, Michael
Gawlik, Mario
Gersemann, Christiane
Heller, Simone
Hennigs, Anke
Hinz, Gerald
Höfner, Joachim
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kicza, Tanja
Köneke, Klaus
Nijenhof, Rüdiger
Palandt, Jens
Paul, Matthias
Paul, Susanne
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn
Thieleking, Ariane
Thöner, Dagmar
Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele

Wendt, Jörgen

Verwaltung

Kattler, Sebastian
Kugel, Michael
Piel, Anja
Raue, Nicole
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 06.10.2022 und 13.10.2022
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen
- Ergebnis des Mediationsverfahrens
Vorlage: BV 2022 0305
- 4.1. Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen
- Ergebnis des Mediationsverfahrens
- Änderung des Beschlussvorschlags
Vorlage: BV 2022 0305/1
5. Unterbringung von Asylbewerbern/-innen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf - Gemeinschaftsunterkunft "Friederikenstraße 43 b"
Vorlage: BV 2022 0258
6. Festlegung der Anzahl der beratenden Mitglieder und Neu- sowie Umbesetzungen in den Fachausschüssen des Rates der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0330
7. Einführung von Sozialtarifen bei Strom und Gas der Stadtwerke überfällig - keine Strom- und Gassperren mehr!; Antrag gemäß Geschäftsordnung
Vorlage: A 2022 0301
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Frau Meinig eröffnete die Sitzung um 18:06 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Weiterhin erklärte sie, dass Herr Apel, Frau Birgin, Herr J. Braun und Herr Dreeskornfeld sich entschuldigt hätten.

Frau Meinig teilte mit, dass die Empfehlung bestünde, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

- 4.1) Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen
- Ergebnis des Mediationsverfahrens
Vorlage: BV 2022 0305/1

zu ergänzen.

Der Ergänzungsvorlage könne die modifizierte Beschlussempfehlung des Fachausschusses wie auch des Verwaltungsausschusses entnommen werden.

Es werde ergänzend darum gebeten, die Tagesordnung um den vertraulichen Tagesordnungspunkt

- 1) Mitteilungen des Bürgermeisters

zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschöben sich entsprechend.

Zum neuen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 3 gebe es ebenfalls eine Ergänzungsvorlage.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in den zuvor genannten Änderungen genehmigt.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 06.10.2022 und 13.10.2022**

Herr Sund wies daraufhin, dass er an der Sitzung am 06.10.2022 nicht teilgenommen habe und bat um entsprechende Änderung.

Herr Nijenhof bat das Protokoll vom 13.10.2022 zum Tagesordnungspunkt 10.2 auf Seite 7 zu ändern. Die Formulierung sei dahingehend zu ändern, dass nicht „die Glaubwürdigkeit der Ratspolitiker*innen“, sondern die Glaubwürdigkeit des Bürgermeisters und der Ratspolitik auf dem Spiel stehe.

Der Rat fasste bei 29 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Ratssitzung vom 06.10.2022 wird mit der zuvor genannten Änderung genehmigt.

Der Rat fasste bei 29- Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Ratssitzung vom 13.10.2022 wird mit der zuvor genannten Änderung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gab keine Mitteilungen.

**4. Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen
- Ergebnis des Mediationsverfahrens
Vorlage: BV 2022 0305**

Die Tagesordnungspunkte 4 und 4.1 wurden gemeinsam beraten.

**4.1. Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen
- Ergebnis des Mediationsverfahrens
- Änderung des Beschlussvorschlags
Vorlage: BV 2022 0305/1**

Herr Fleischmann erklärte, dass die Fraktion Die Linke dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da die geplante Verkehrsführung durch Sorgensen und Dachtmissen nicht verantwortbar sei.

Herr Dr. Kaefer führte aus, dass die Gruppe WGS/Freie Burgdorfer dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht zustimmen werde. Für die Abdeckung der Halde seien 600.000 Tonnen an Material erforderlich. Der hierfür erforderliche Schwerlastverkehr bedeute eine enorme Belastung für Mensch und Natur. Die Ergebnisse der Mediation hätten zu keiner Verbesserung der Ausgangslage geführt.

Herr Palandt erklärte, dass die Fraktionen der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen werden. Das Mediationsverfahren habe hinsichtlich der Verkehrsbelastung zwar

nichts gebracht, trotzdem sei die Zustimmung zum Beschlussvorschlag ein wichtiges Signal an K+S zur Fortsetzung der Gespräche.

Herr Paul verdeutlichte, dass der Beschluss nicht bedeute, dass man mit der Verkehrsführung einverstanden sei, sondern unterstreiche, dass der Bürgermeister in der Mediation nicht erfolgreich gewesen sei.

Herr Köneke unterstrich, dass das Ergebnis der Mediation nicht das Ergebnis sei, das man sich gewünscht habe. Gleichwohl verbinde er mit der Zustimmung zum bisherigem Ergebnis den Wunsch an die Stadt Burgdorf, ein noch besseres Ergebnis zu verhandeln.

Herr Nijenhof stellte eine Abstimmung über das Mediationsergebnis grundsätzlich in Frage. Er halte die Kenntnisnahme des Ergebnisses für sinnvoller. Aus seiner Sicht habe K+S keinen Einfluss auf die Verkehrsführung der Schwerlasttransporte. Daher würden Gespräche mit K+S auch künftig zu keinem Ergebnis führen.

Herr Pollehn erklärte, dass das Gutachten der Vehrkehrssituation nicht Gegenstand der Mediation gewesen sei. Er verwies darauf, dass K+S eine Nachnutzung der Halde zur Gewinnung von Strom aus regenerativer Energie zugesagt habe. Im nächsten Schritt gelte es, die von K+S vorgeschlagenen drei Varianten zu prüfen und diese Prüfaufträge an das Land Niedersachsen weiterzuleiten.

Herr Fleischmann machte deutlich, dass eine Zustimmung zum Ergebnis der Mediation eine Zustimmung zu einem schlechten Ergebnis für Burgdorf bedeute. Er beantrage, dass die Stadt Burgdorf Klage gegen das Ergebnis der Mediation einreiche.

Herr Pollehn wies darauf hin, dass eine Klage nicht möglich sei. Zunächst gelte es festzustellen, wer überhaupt klagen könne.

Frau Meinig ließ über den Antrag von Herrn Fleischmann abstimmen.

Der Rat lehnte mit 29 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen den Antrag von Herrn Fleischmann ab.

Herr Nijenhof erklärte, dass er die rechtliche Prüfung, ob eine Klage gegen das Ergebnis des Mediationsverfahren möglich sei, für sinnvoll halte.

Herr Pollehn sicherte die Prüfung der Klagemöglichkeit zu.

Hinweis: Das Prüfungsergebnis wird nachgereicht.

Der Rat fasste mit 26 Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Dem Ergebnis des Mediationsverfahrens zum Umgang mit der

Kalirückstandshalde „Niedersachsen“ in Wathlingen und der Grube „Niedersachsen-Riedel“ in Hänigsen (siehe Anlage, und zwar Punkt A. „Geeinte Positionen“, Kapitel III ab S. 4, und Punkt B. „Position Uetze und Burgdorf“, S. 15) wird zugestimmt.

5. **Unterbringung von Asylbewerbern/-innen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf - Gemeinschaftsunterkunft "Friederikenstraße 43 b"**
Vorlage: BV 2022 0258
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- a) Von der als Anlage 1 beigefügten Kalkulation der Kosten für die Benutzung der Gemeinschaftsunterkunft „Friederikenstraße 43 b“ in der Stadt Burgdorf wird Kenntnis genommen.
- b) Die dieser Vorlage als Anlage 2 beigefügte „Benutzungsordnung“ und die als Anlage 3 beigefügte „Entgeltordnung“ werden beschlossen.

6. **Festlegung der Anzahl der beratenden Mitglieder und Neusowie Umbesetzungen in den Fachausschüssen des Rates der Stadt Burgdorf**
Vorlage: BV 2022 0330
-

Herr Gawlik wies darauf hin, dass das beratenden Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften u. Verkehr, Herr Wortmann, nur der CDU zuzuordnen sei.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Anzahl der beratenden Mitglieder in nachfolgenden Fachausschüssen des Rates der Stadt Burgdorf wird abweichend vom Ratsbeschluss vom 03.11.2021 (BV 2021 0010 und 0012) um jeweils ein beratendes Mitglied (sowie Vertretung) des Seniorenrates ergänzt:
 - Ausschuss für Jugendhilfe und Familie (Teilbereich Familie),
 - Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport (Teilbereich Kultur und Sport).
2. Die beratenden Mitglieder des Seniorenrates in den

relevanten Fachausschüssen werden wie folgt benannt:

	Ausschuss	Mitglied	Ver
1.	Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau	Marie-Luise Brandes	Diet
2.	Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung	Annegret Oelschlägel	Gerc Oett
3.	Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr	Stefan Auerbach	Wolf
4.	Ausschuss für Jugendhilfe und Familie	Klaus Pracht	Dagr
5.	Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport	Matthias Schorr	Burk

- 3. Auf Vorschlag der Arbeiterwohlfahrt wird Herr Dieter Frank als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung berufen.**

Im Übrigen bleibt die Ausschussbesetzung unverändert und wird – wie in der Anlage 1 aufgeführt - festgestellt.

- 7. Einführung von Sozialtarifen bei Strom und Gas der Stadtwerke überfällig - keine Strom- und Gassperren mehr!; Antrag gemäß Geschäftsordnung
Vorlage: A 2022 0301**

Herr Fleischmann erklärte, dass aktuell die Grundversorgung der Bevölkerung von der Bundesregierung nicht sichergestellt werde. Die Erhöhung der Gaspreise durch die Stadtwerke stünde bevor. Personen, die von dieser besonders betroffen seien, müsse geholfen werden, da die Gaspreisbremse zu spät komme und Ratenzahlung auch keine Lösung darstelle. Grundsätzlich griffen die von der Bundesregierung initiierten Entlastungspakete zu wenig. **Herr Fleischmann** schlug vor, dass die Stadt Burgdorf die Strommehrkosten für die Bürger*innen übernehme und bat um Zustimmung für den eingebrachten Antrag.

Herr G. Hinz verdeutlichte, dass die Gaspreisbremse noch nicht endgültig beschlossen sei. Er halte eine Solidarabgabe der Mehrverdiener zur Abfederung der Strom- und Gaspreise für sinnvoll. Von der Einführung von Sozialtarifen profitierten nur Kunden der Stadtwerke. Somit würden nicht alle Bürger*innen erreicht. **Herr G. Hinz** plädierte für die Ablehnung des Antrags.

Herr Paul verwies darauf, dass die Stadtwerke bisher die Gaspreise gering und die Strompreise gar nicht angehoben hätten. Zudem werde der Dezemberabschlag vom Bund übernommen. Grundsätzlich sei eine Sozialentlastung nur über die Einkommensteuer möglich, die jedoch erst im nächsten Jahr feststünde. Dies sei jedoch zu spät. **Herr Paul** dankte den Verantwortlichen der Stadt Burgdorf für die bisherige gute Begleitung durch die Energiekrise. Er plädierte für die Organisation bürgerschaftlichen Engagements für die Hilfe Betroffener.

Herr Fleischmann erklärte, dass die Lebensrealität eine andere als von Herrn Paul dargestellt sei. Viele Menschen litten bereits unter der Preiserhöhung bei der Energieversorgung. Die bisherigen Entlastungen des Bundes seien zu wenig, zumal die Stadtwerke eine Erhöhung der Preise im Januar bekanntgegeben hätten. Aus seiner Sicht habe der Staat seine Legitimation verloren, wenn er die Grundversorgung nicht sicherstellen könne.

Der Rat fasste bei 29 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Antrag,

- 1) die Stadtwerke Burgdorf dazu aufzufordern ab sofort auf Strom- und Gassperren sowie vorgelagerte Sperrandrohungen zu verzichten und**
- 2) die Stadtwerke Burgdorf dazu aufzufordern umgehend Sozialtarife für Strom und Gas für Arbeitslose und Geringeinkommensbezieher/innen bis zur Armutsschwelle einzuführen, wenn bei Transferleistungsbezieher*innen die Heizkosten auch in Zukunft komplett vom Amt übernommen werden, entfallen die Sozialtarife für Gas für diese Zielgruppe und**
- 3) das erforderliche Geld für die Sozialtarife der Stadtwerke in den städtischen Haushalt einzustellen.**

wird abgelehnt.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Frau Heller regte an, die Straßennamensschilder an den Kreisen durch optisch ansprechendere Plaketten oder Gedenktafeln zu ersetzen.

Herr Pollehn schlug vor, die Straßenschilder noch ein paar Tage zu belassen, damit jeder den Namen der Kreisel kennt und sie anschließend

abzubauen und neuzugestalten.

Herr Fleischmann bat Herrn Pollehn darum, sich bei der Region Hannover für eine bessere S-Bahn-Taktung nach Burgdorf einzusetzen.

Herr Pollehn erklärte, dass er sich bereits am 11.7. dieses Jahres an die Region gewandt habe. Die Region prüfe derzeit, ob ein Anbieterwechsel des S-Bahn-Angebotes möglich sei. Darüber hinaus hätte er seinen Unmut über den häufigen Ausfall der S 6 in der Tagung der Hauptverwaltungsbeamten in der vergangenen Woche zum Ausdruck gebracht.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführer